

MUTIGER FÜR EIN UPDATE FÜR ÖSTERREICH

Ehrenamt ist Ehrensache

Vereinsrecht entrümpeln

Vereine sollten nicht von Bürokratie erschlagen werden. Daher gilt es, rechtliche Materien zu überprüfen und bürokratische Hürden abzubauen. Vereine sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Sicherheit für das Ehrenamt

Ehrenamtliche Helfer sind oft in Situationen tätig, die mit Risiken verbunden sind. Eine Versicherung schützt sie vor finanziellen Folgen, wenn sie selbst gesundheitliche Probleme erleiden oder auch in ihrer Tätigkeit unbeabsichtigt Schäden verursachen. Ehrenamtliche sollen deswegen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit automatisch versichert sein. Dazu bestehen in einigen Bundesländern schon funktionierende Modelle, die unterstützt und in ganz Österreich übernommen werden sollen.

Unbezahlbares finanzieren

Einsatzkräfte sollen jene Geräte zur Verfügung haben, die sie brauchen, um weiterhin ehrenamtlich die Aufgaben im Bereich der Rettung, des Katastrophenschutzes und der Brandbekämpfung zu übernehmen. Die Investitionen in Rettungs- und Blaulichtorganisationen müssen daher gestärkt werden. Die Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit war hierbei ein riesiger Schritt. Die Möglichkeit zum Austausch von Spendern führt zu verstärkter Spendentätigkeit und zu mehr finanziellen Mitteln im Ehrenamt. Dafür soll in Form einer Spendenplattform Raum zur Verfügung gestellt werden.

Staat für die Bürger

Zweckwidmung der Einkommenssteuer

Jeder soll selbst 10 % seiner Einkommenssteuer mit der jährlichen Arbeitnehmerveranlagung in einem bestimmten Bereichen - wie dem Infrastrukturausbau, der Steuerentlastung, dem Klimaschutz, der Bildung oder auch dem Schuldenabbau - zweckwidmen können. Damit kann man die eigene Leistung für die Gemeinschaft - seine Steuern - noch besser dorthin lenken, wo man es persönlich für sinnvoll hält.

Digitalisierung von Amtswegen

Amtswege wurden in Österreich in den letzten Jahren Schritt für Schritt digitaler, zum Beispiel bei der Wohnsitzmeldung, der Wahlkartenbeantragung oder beim digitalen Signieren von Dokumenten. Diesen Weg gilt es weiterzugehen und entstehende Verwaltungseinsparungen auch an die Bürger weiterzugeben. So sollen alle digitalen Amtswegen beispielsweise künftig kostenlos für die Bürger und die Behörden noch besser untereinander vernetzt werden

Eine Schule, die auf's Leben vorbereitet

Künstliche Intelligenz macht es bereits vor: Auch die schwierigsten Mathe-Aufgaben werden in kurzer Zeit keine Herausforderung mehr sein, genauso wenig eine individuelle Zusammenfassung eines Gedichts. Wenn Schulen heute lehren, Gleichungen vierten Grades zu lösen, aber nicht auf unser Steuersystem, unser Arbeitsrecht oder unser Versicherungswesen vorbereiten, geht die Schule an ihrem Zweck vorbei. Deshalb wollen wir eine Schule, welche auf die Herausforderungen des Alltags wie Haushaltsfinanzen, Recht, Versicherungen und auch Steuern vorbereitet. Gleichzeitig sollen in diesem Fach Schülerinnen und Schüler Rechte und Pflichten als Staatsbürgerin oder Staatsbürger kennenlernen und sich aktiv mit der österreichischen Demokratie beschäftigen.

Entbürokratisierung

Vorschriften ausmisten

Vorschrift ist Vorschrift: In fast allen Lebensbereichen ist man mit staatlichen Regelungen konfrontiert. Meistens nicht nur mit einer, sondern mit mehreren und oftmals sogar auf unterschiedlichen Ebenen bzw. von unterschiedlichen Behörden. Vieles davon ist außerdem mittlerweile überholt oder überflüssig. Der Staat braucht ein Update. Und in Zukunft wollen wir automatische Updates mit Ablaufdaten für Gesetze und Verordnungen - sogenannte "Sunset Clauses" - schaffen.

Ende der Zettelwirtschaft

In Österreich werden täglich 1.500 km an Kassabelegen für Beträge unter 30 € gedruckt. Das entspricht der Distanz zwischen Wien und Mallorca. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Papierbelegpflicht bis zu 30 € abgeschafft und stattdessen mehr digitale Lösungen ermöglicht werden. Aus der Belegerteilungspflicht soll also ein Belegerteilungsrecht werden: Selbstverständlich soll der Kunde auch in Zukunft einen Beleg verlangen können.

Moderner Staat

Seit Jahrzehnten wird der übermäßig komplizierte Föderalismus in Österreich kritisiert. Das betrifft vor allem die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Artikel 10 bis 15 des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes müssen modernisiert und vereinfacht werden. Wir wollen nicht weiter nur jammern, sondern das Problem endlich angehen: Der Österreich-Konvent soll daher wiederbelebt werden und eine Verwaltungsvereinfachung für